



POSITIONEN

Informationsblatt der SPD Berliner Mitte
Ausgabe Januar 2020

Die „Stadttrendite“ der Sportmetropole Berlin	2
Endspurt zum Mietendeckel	5
BER Eröffnung 31.10.2020 – die Nachricht des Jahres?	7
Faire Arbeitsbedingungen für Filmschaffende	10
Unsere Schulhausmeister – die wahren Hüter unserer Schulen und Sporthallen	14
Auf einem guten Weg in die Zukunft: Unsere Musikschulen in Berlin	16
Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern Rückführung der Berlin Transport	18
Silvester bei der 35. Einsatzhundertschaft in Berlin	20
Die SPD Berliner Mitte wünscht ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2020	24

Die „Stadtrendite“ der Sportmetropole Berlin

Berlin ist Hauptstadt des Sports: Rund 140 Bundesligisten, rund 2.400 Vereine mit über 670.000 Mitgliedern zeugen davon. Die Sportmetropole Berlin beherbergt drei Eliteschulen des Sports, 21 Bundesstützpunkte sowie den Olympiastützpunkt im Sportforum. Der Berlin Marathon ist längst zum globalen Aushängeschild des Laufsports geworden. Jährlich werden Rekorde geknackt – in Zeiten und bei den Teilnehmerzahlen. Berlin ist ein Hotspot an internationalen Sportgroßveranstaltungen: In 2020 freuen wir uns über das Volleyball-Qualifikationsturnier der Männer, die Bahnrad-WM, die Pro League Spiele im Feldhockey, die Champions League Finals im Volleyball und die Weltcups im Bogenschießen und Schwimmen.

Bei so vielen Veranstaltungen – in der Breite wie in der Spitze – müssen gute Voraussetzungen gegeben sein. Für den Erhalt und Ausbau der Sportinfrastruktur sind z.T. hohe Investitionssummen erforderlich: Spezialsportstätten wie SSE, Velodrom oder Eisschnelllaufhalle bedürfen nicht nur regelmäßiger Wartung, sondern auch fachkundigem Personals.

Bei einer so hohen Veranstaltungsdichte ergeben sich fast zwangsläufig Regelungsbedürfnisse. Für Veranstalter heißt das oft, eine Vielzahl an Genehmigungen bei verschiedensten Behörden einzuholen. Kleine Vereine stoßen mit ihrem meist ehrenamtlichen Engagement schnell an ihre Grenzen. Insbesondere Veranstaltungen im öffentlichen Straßenland (Radrennen und Laufveranstaltungen) und in der freien Natur stehen auf der Kippe, weil Genehmigungen nicht oder nur unter hohen Auflagen erteilt werden oder andere, mitunter nicht unberechtigte Interessen (z.B. Durchfahrt für die BVG) diesen im Wege stehen.

Die Senatsverwaltung für Sport tritt daher verstärkt als Mittler zwischen Veranstalterinteressen auf der einen und Umwelt-, Verkehrs- und Anwohnerinteressen auf der anderen Seite auf. Wenn Anwohnende für einen überschaubaren Zeitraum auf ihre Zufahrtmöglichkeit verzichten müssen, weil die Straße als Rad- oder Laufstrecke genutzt wird, kann das manchem das Wochenende verhageln. Lärmimmissionsbelastungen sind ein ständiges Thema in der Nähe von Sportanlagen. Das Verständnis schwindet bei wachsender Konkurrenz zusehends.

Gleichzeitig gibt es einen hohen Bedarf an öffentlicher Förderung, denn viele Veranstaltungen könnten – von den wenigen

großen kommerziellen Events wie dem Berlin-Marathon abgesehen – sonst gar nicht stattfinden, insbesondere in den Nischen des Parasports.

Das Prinzip der „Stadtrendite“

Unter Beteiligung verschiedener Akteure ist es gelungen, die Regularien für die Vergabe finanzieller Mittelzuwendungen zu überarbeiten. Mit der neuen Sportförderungsrichtlinie Veranstaltungen (SFR V), liegen seit dem 1.1.2019 einheitliche und übersichtliche Verfahrens- und Bewertungsgrundsätze für Veranstalter von Sport(groß)veranstaltungen vor. Zuvor gab es sehr unterschiedliche Regularien, Konzepte, Richtlinien mit einer Vielzahl an Neben- und Sonderbestimmungen sowie „Allgemeine Hinweise“ für Zuwendungsempfänger, die letztlich zu mehr Verwirrung als für Klarheit sorgten.

Als Grundlage diente das Gesetz über die Förderung des Sports im Land Berlin (SportFG) und die Landeshaushaltsordnung (LHO) sowie die dazugehörigen Ausführungsvorschriften.

Mit der Idee der sogenannten „Stadtrendite“, lassen sich nun förderungswürdige Veranstaltungen klassifizieren, bewerten und auf den gesellschaftlichen Mehrwert hin überprüfen.

Wichtig: Förderungswürdig ist eine Sportorganisation, wenn sie gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung durch Förderung des Sports verfolgt, dies durch einen Freistellungsbescheid zur Körperschaftssteuer nachweist und auf ihrem Fachgebiet sachgerechte, zweckentsprechende und wirtschaftliche Arbeit leistet, sowie die Gewähr für eine ordnungsgemäße Geschäftsführung bietet.

Sport - integrative Kraft und Tourismus-Magnet zugleich

Die Rot-rot-grüne Regierungskoalition hat sich bei ihrem Antritt 2016 u.a. darauf verständigt, dass das Land auch „weiterhin internationale Großveranstaltungen nach Berlin holen“ soll. Somit dient das Prinzip der Stadtrendite nicht nur als Leitfaden für Akquise und Gewinnung von Veranstaltungen, sondern auch als sinnstiftendes Element für eine sportbegeisterte Stadtgesellschaft, der gleichzeitig Nachhaltigkeit, Umweltbewusstsein und soziale Dimensionen ein wichtiges Anliegen sind.

Beispielhaft hierfür stehen die Rahmenprogramme, wie sie z.B. für die Handball WM 2019 (in der Verti Music Hall Handball-Turnier für Grundschulen und Informationen rund um den Handballsport), die Leichtathletik EM 2018 („Laufen. Springen. Werfen. Berlin“) oder das Internationale Deutsche Turnfest 2017 („Berlin turnt bunt“) initiiert wurden.

Auch für Special Olympics World Summer Games 2023 und die Fußball EM 2024 werden Programme im Sinne einer nachhaltigen stadtgesellschaftlichen Entwicklung initiiert. Für die UEFA EURO 24 wurde mit „streetfootballworld“ ein in der Szene namhafter Partner gefunden, der die Prozesse mehr als nur begleiten wird.

Sport verbindet, Sport hat Strahlkraft und Sport integriert. Dass Sportgroßveranstaltungen eine Gesellschaft positiv beeinflussen können und mitunter eigene Dynamiken entwickeln, weiß man nicht erst seit dem Sommermärchen 2006: Mit den FINALS 2019 ist es der Sportmetropole Berlin gelungen, ein ganz neues Format von Multisportevents medienwirksam und publikumsträchtig zu etablieren. Unter Mitwirkung von ARD (inkl. RBB) und ZDF hat der große Erfolg eine sehr positive Resonanz gebracht und einen erheblichen Imagegewinn für die Stadt. Kleinere Sportarten wie Kanu, Fechten oder der Bahnradsport sind ins verdiente Rampenlicht gerückt - Verbände, Aktive und Fans wurden zusammengeführt. Dies wären eigentlich beste Voraussetzungen, sich auch für eine Olympia-Bewerbung Berlins zu begeistern.

Die FINALS 2019 haben sich trotz hohem Invest amortisiert. Der Ruf nach Wiederholung ist bereits jetzt unüberhörbar und Nordrhein-Westfalen hat für dieses Jahr bereits die Durchführung angekündigt.

Der wirtschaftliche Mehrwert ist auch bei wiederkehrenden Veranstaltungen wie dem Marathon, dem ISTAF oder dem DFB-Pokalfinale unbestritten. Der Sport hat sich zu einem wichtigen Werbeträger im Stadtmarketing entwickelt. Die Veranstalter des neuen Rasentennis-Turniers der Damen beim LTTC Rot-Weiß erwarten z.B. auf Zahlengrundlage der Investitionsbank Berlin eine Bruttowertschöpfung von ca. 25 Mio. Euro in den Jahren 2020-24. Das Vorbereitungsturnier auf Wimbledon knüpft an die langjährige Berliner Tennistradition an und wird das Renommee der Sportmetropole erheblich steigern.

Die vergangenen Sportgroßevents entsprachen genau den Leitlinien der Berliner Sportpolitik: Unsere Sportevents sollen über das Ereignis hinaus eine nachhaltige Wirkung haben. Dabei achten wir nicht nur auf wirtschaftliche Aspekte oder einen Imagegewinn für Berlin, sondern immer auch auf die soziale Wirkung einer Veranstaltung und ihren Beitrag für die Entwicklung des Sports in Berlin.

*Aleksander Dzembritzki, Staatssekretär für Sport
Senatsverwaltung für Inneres und Sport Berlin*

Endspurt zum Mietendeckel

Im Dezember 2019 fand zur Einführung eines Berliner Mietendeckels im Stadtentwicklungsausschuss des Abgeordnetenhauses eine Anhörung statt, an welcher auch die Mitglieder des Rechtsausschusses teilnahmen. Mit zwölf Anzuhörenden und über neun Stunden Beratungszeit wurde sich intensiv mit den fachlichen und juristischen Einschätzungen auseinandergesetzt.

Dabei kamen viele, auch kontroverse Positionen zur Sprache, aber bei einem waren sich so gut wie alle einig: Es gibt einen angespannten Wohnungsmarkt in Berlin. Diese Einschätzung teilte Prof. Voigtländer vom wirtschaftsnahen Institut der deutschen Wirtschaft Köln ebenso wie Dr. Calbet Elias vom Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung.

Die Kernfrage, die uns grundsätzlich beschäftigt, ist also, wie man diese Entwicklung bewältigen kann. Wir haben dafür als Landesregierung alles bisher rechtlich Mögliche in Angriff genommen und umgesetzt.

Bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen sind die Mieterhöhungen schon seit langem begrenzt. Wir weiten den Mieterschutz aus, haben die Kappungsgrenze auf 15% verringert und die Neubauförderung wiedereingeführt und finanziell aufgestockt. Und dennoch steigen die Preise.

In dieser Lage ist der Mietendeckel die richtige Antwort. In der Anhörung sind auch keine wirklich zeitnah wirkenden Alternativen aufgezeigt worden.

Die Genossenschaften waren für eine Verringerung der Kappungsgrenzen offen – das ist mit der CDU in Regierungsverantwortung im Bund nicht möglich. Prof. Voigtländer schlug vor, den Wohnungsbau auf den Weg zu bringen. Das schafft aber keine zeitnahe Entlastung und wird natürlich bereits vorangetrieben.

Damit ist und bleibt der Mietendeckel ein notwendiges Instrument, wenn wir nicht einfach die Hände in den Schoß legen wollen und darauf warten wollen, dass die Niedrigzinsen und das Wachstum der Stadt irgendwann wieder vorbei sind. Das ist nicht unser Politikverständnis. Wir nutzen die von der SPD in den politischen Raum gebrachte Gesetzeslücke.

Die Anhörung hat gezeigt, dass das Tempo im Senat auch bedeutet, dass wir jetzt im Parlament den juristischen Feinschliff anlegen müssen.

Deswegen werden wir in der zweiten Lesung - und natürlich auch schon in den Ausschüssen - notwendige Änderungsanträge vorlegen, um den Mietendeckel Realität werden zu lassen.

Die Berlinerinnen und Berliner warten darauf und haben ein Anrecht auf guten Mieterschutz.

Iris Spranger, MdA

BER Eröffnung 31.10.2020 – die Nachricht des Jahres?

Am 31.10.2020 soll die unendliche Geschichte um die Eröffnung des neuen Flughafens ein positives Ende haben. Wir erinnern uns alle gut: spätestens im Jahr 2012 sollte der Flughafen BER eröffnet werden. Die Einladungskarten zur Eröffnungsfeier waren gedruckt und drei Wochen vor dem Termin kam die Absage. In der Pressekonferenz debattierten Klaus Wowereit und Matthias Platzeck mit der damaligen Geschäftsführung der Flughafengesellschaft, ob die Eröffnung Mitte August oder Ende August wohlgeerntet 2012 erfolgen kann.

Ich habe damals zu Klaus Wowereit gesagt, die einzige Chance den Flughafen in absehbarer zu eröffnen ist ein kompletter Rückbau auf Rohbau. Heute ist exakt dieses die Realität und der jetzige Geschäftsführer der Flughafengesellschaft, Engelbert Lütke Daldrup, ist heute der gleichen Meinung. Damals war diese unbequeme Wahrheit nicht gewünscht und man entschied sich für ein Modell des „permanenten Reparaturbetriebs“. Als Ergebnis wird der Flughafen hoffentlich über 8 Jahre später eröffnet, wenn man auf meinen Rat gehört hätte, wäre vermutlich der BER schon lange in Betrieb.

Nach der Absage von 2012 kam mit Horst Amann jemand in die Geschäftsführung der FBB, der ebenso davon überzeugt war, dass die Eröffnung wegen sehr vieler Probleme und Mängel lange dauern wird, aber auch dies wollte spätestens ab dem Amtsantritt von Hartmut Mehdorn keiner mehr hören. Stattdessen wurden immer neue Termine gesetzt, die nicht erreichbar waren, weil die Grundprobleme des BER nicht angegangen wurden. Hierzu gehörten: eine völlig falsch konzipierte Entrauchungs- und Sprinkleranlage, vielfältige Planungsänderungen am Hauptterminal, falsch gelegte Kabel, angereichert mit der Insolvenz der Firma Imtech.

Erst nachdem Anfang 2017 ein erneuter Termin geplatzt war, kam mit Engelbert Lütke Daldrup eine realistische Betrachtung der Situation in die FBB. Lütke Daldrup hatte ein Konzept, wie man den permanenten Reparaturbetrieb zu einem positiven Abschluss bringen kann und er machte seinem Spitznamen „Drängelbert“ alle Ehre. Auch wenn der in 2017 genannte neue Termin Herbst 2020 unendlich lang vorkam, war er realistisch und könnte sogar klappen.

Ich habe zum ersten Mal eine positive 60/40 Prognose für einen Eröffnungstermin. Vieles ist inzwischen gelöst, die Ent-

rauchungs- und Sprinkleranlage ist gebündelt und funktioniert, das Problem Hauptterminal und Bahnhof ist gelöst und die Weltfirmen Siemens und Bosch sind tatsächlich mit ihren Arbeiten fertig. Pier Nord und Pier Süd sind abgenommen und die Wirk-Prinzip-Prüfungen am BER sind positiv verlaufen. Der TÜV sieht eine realistische Chance für die Eröffnung, aber es bleibt das Kabelproblem. Hier gibt es nach wie vor Restarbeiten, die nicht zu unterschätzen sind und nur, wenn diese bis zum Frühjahr abgeschlossen sind, können ORAT Verfahren und Genehmigungsabnahme durch das Bauamt erfolgen.

Da kann man nur die Daumen drücken.

Wenn die Startfreigabe zum 31.10.2020 erfolgt, wird der Umzug von Tegel in 3 Abschnitten innerhalb von 8 Tagen erfolgen. Der Termin ist schlau gewählt, ein Samstag nach den Herbstferien und im Winter gibt es etwa ein Drittel weniger Flugbewegungen. Für 300.000 Berlinerinnen und Berliner bedeutet dies, dass nach dem 08.11.2020 der Flugbetrieb in Tegel endet und der Lärm und der Dreck für die Betroffenen ein Ende hat. Der Flughafen bleibt dann noch unter der Regie der FBB bis Ende April 2021 und danach kann das hervorragende Nachnutzungskonzept für die 482 Hektar Flughafen Tegel beginnen.

Es werden tausende neue Wohnungen entstehen, die dringend gebraucht werden. Die Beuth Hochschule erhält einen zweiten Campus, ein Forschungs- und Technologiepark wird für tausende neue Arbeitsplätze sorgen. Die Siedler in Mäckeritzwiesen erhalten ein Dauerwohnrecht und werden ebenso wie Cité Pasteur und Cité Guynemer von Fluglärm entlastet. Das ganze Umfeld um den Kurt-Schumacher-Platz und die Scharnweberstraße wird aufgewertet.

Die Opposition aus CDU, FDP und AfD hofft weiterhin darauf, dass die Eröffnung nicht klappt. FDP und AfD träumen weiter von dauerhaften Offenhaltung von Tegel, was alle drei Anteilseigner der FBB nicht wollen und rechtlich durch die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes ausgeschlossen ist. Mal abgesehen davon würde ein erforderlicher Schallschutz in Tegel und Umgebung vermutlich bis zu 2 Milliarden Euro kosten und ca. 1 Milliarde müsste in die Erneuerung des Flughafens investiert werden. Ein wirtschaftlicher Betrieb von 2 Flughäfen mit deutlich weniger Flugbewegungen in Tegel wäre nicht möglich, die Airlines könnten nicht gezwungen werden, sich für einen Flughafen zu entscheiden. Die Belastung mit Lärm und Dreck für die Anwohnerinnen und Anwohner würde weitergehen, all das ist FDP und AfD egal. Wer nicht in der Einflugschneise wohnt hat damit weniger Probleme und für die FDP geht es in Berlin ums nackte politische

Überleben. Über die Rolle der CDU müsste man eigentlich den Mantel des Schweigens legen, sie ist in der Frage völlig gespalten, die einen sind für die Offenhaltung, die anderen für die Schließung und am besten sagt man auf Landesebene noch etwas Anderes als im Bezirk oder im Wahlkreis in Reinickendorf.

Zwei Dinge werden von der Opposition immer gehypt: erstens das vermeintliche Kapazitätsproblem am BER und zweitens die Verkehrsanbindung.

Das Kapazitätsproblem ist der Lacher des Jahres: in Tegel fliegen 22 Millionen von einem Flughafen, der für 8 Millionen Passagiere ausgelegt ist, erweitert um 2 angebaute Fertigteilgebäude. Aus unerklärlichen Gründen sollen diese 22 Millionen nun in das viel größere Gebäude am BER nicht hinein passen. Auch nach vielen Besuchen am BER und in Tegel bleibt diese Argumentation absurd. Auch die Verkehrsanbindung ist kein wirkliches Thema, während in Tegel weder eine S noch eine U-Bahn existiert, sondern nur eine kleine Stichstraße mit einem Autobus zum Flughafen führt, gibt es am BER einen sehr guten Bahnanschluss, der sich zudem durch die Dresdner Bahn noch verbessern wird. Und da für Teile der Opposition nur die Verkehrsverbindung mit dem Auto zählt, bleibt die Betrachtung Richtung Süden als Problem, die Problematik der Erneuerung der Rudolf-Wissell-Brücke wird wissentlich ausgeblendet.

Der durchschnittliche Berliner fliegt ein bis zweimal im Jahr. Trotzdem findet mancher aus dem Norden oder Nordwesten Berlins eine Verlängerung der Anreise zum Flughafen BER als unzumutbar und lebensbeschränkend, lieber sollen doch die 300.000 Berlinerinnen und Berliner, die vom Fluglärm betroffen sind, weiter alle 45 Sekunden eine Maschine über ihrem Kopf ertragen. Auf dieser Form der Solidarität kam dann auch die Mehrheit beim unverbindlichen Volksentscheid zur Offenhaltung von Tegel zustande.

Der Bau des T2 zur Kapazitätserweiterung kommt gut voran und kann möglicherweise sogar auch im Herbst 2020 eröffnet werden. Der Masterplan für die Erweiterung des Flughafens mit dem Bau des T3 ist in Planung und wird genau wie der T2 über einen privaten Generalübernehmer erfolgen.

Was macht man als Politiker? Man muss als Obmann der SPD-Fraktion einen Untersuchungsausschuss BER II ertragen, den die Opposition mit ihrem Minderheitsrecht durchgesetzt hat. Hier gibt es aber nur auf Kosten der Lebenszeit Vergangenheitsbetrachtung ohne wirklichen Erkenntnisgewinn für die aktuelle Situation am BER.

Glücklicherweise tagt unter meiner Leitung der Beteiligungsausschuss des Abgeordnetenhauses und führt im Rahmen einer öffentlichen Anhörung alle drei Monate eine tatsächliche Untersuchung der Situation am BER durch, aber hier glänzt die CDU, wie häufig im Parlament, mal wieder mit Abwesenheit.

Also wenn alles gut geht, können am 31.10.2020 die Sektkorke knallen, der BER wird eröffnet und Tegel wird geschlossen. Zeit wird's und glauben wir, das alles am Ende seinen positiven Abschluss findet. Berlin braucht den BER.

Jörg Stroedter, MdB

Faire Arbeitsbedingungen für Filmschaffende

Spätestens seit der #metoo Debatte sind die teilweise äußerst widrigen Arbeitsbedingungen für Filmschaffende einer breiten Öffentlichkeit bekannt geworden. Vor 2 Jahren hatten mehrere Schauspielerinnen, mittlerweile sind es über 80, dem Filmmogul Harvey Weinstein sexuelle Belästigung und Gewalt vorgeworfen und brachten damit eine weltweite Diskussion in Gang. Denn wie sich durch den Hashtag zeigte, ging es vielen in Film, Medien und Politik so. Tausende Frauen und auch Männer solidarisierten sich über Twitter und schilderten ihre Erlebnisse. In der Aufarbeitung zeigte sich, dass vor allem oft an der Stelle, wo sich Menschen in schlecht bezahlten Abhängigkeiten befinden, andere Menschen mit viel Macht diese Abhängigkeit ausnutzen und ihre Macht missbrauchen, was nicht selten bis zur sexualisierten Gewalt gehen kann. Jahrelang war es so, dass die Betroffenen schwiegen, weil sie eben abhängig waren und ihren Job brauchten, um über die Runden zu kommen oder weil ihnen als Frau gesagt wurde, dass sie sonst die Rolle nicht bekommen würden. Doch durch Social Media konnte eine öffentliche Debatte angestoßen werden und es findet eine sehr notwendige Diskussion über die Filmbranche und ihre Arbeitsbedingungen statt.

Warum ist das notwendig? Gegenfrage: „Wer macht sich beim sonntagabendlichen Spielfilmgenuss oder beim Kinobesuch schon Gedanken darüber, ob die Schauspieler für den Dreh eine faire Gage bekommen haben oder wie viele Stunden am Stück sie drehen mussten? Wahrscheinlich kaum einer. Tatsächlich seien laut Bundesverband Schauspiel (BFFS) Dumping Gagen für tagelanges Drehen ohne Pausen in Deutschland absolut ein Problem. Unter einer speziell dafür eingerichteten Email-Adresse melden sich regelmäßig betroffene SchauspielerInnen, die über Tagesgagen von 250 bis 500 Euro berichten. Erst recht bedenklich wird die Tatsache, wenn man liest, dass dies auch Produktionen betrifft, die öffentlich gefördert werden.

Um der Ausbeutung in der Branche einen Riegel vorzuschieben hat die ver.di FilmUnion mit der Produzentenallianz den Tarifvertrag für auf Produktionsdauer beschäftigte Film- und Fernsehschaffende (**TV FFS**) verabschiedet, der seit 1. Januar 2018 gilt. Die Allianz Deutscher Produzenten – Film & Fernsehen e.V., kurz Produzentenallianz, ist der größte deutsche Verband der Film- und Fernsehproduzenten mit Sitz in Berlin. Mit dem Manteltarifvertrag wurden wichtige verbindliche Mindeststandards zu Tageshöchst Arbeitszeit (max. 12 Stunden), Einstiegsgage (830€/Tag), Nachtarbeit, Überstunden, Pausen und Urlaub beschlossen. Die Filmschaffenden brauchen das,

weil sie am Set teilweise extremen körperlichen Belastungen ausgesetzt seien und auf sich alleine gestellt seien. Es gebe vor Ort keine Betriebsräte, die die Arbeitsbedingungen überwachen und auch Kontrollen haben die Produzenten kaum zu befürchten, weil das entsprechende Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit Berlin dafür personell nicht ausgestattet sei, erläuterte Hikmat El-Hammouri von ver.di FilmUnion in einer Anhörung des Ausschusses für Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien am 11.12.2019. Er fordert außerdem ganz klar, dass das Medienboard Berlin-Brandenburg die Einhaltung der tariflichen Mindeststandards als verbindliches Kriterium in seinen Förderbedingungen festschreibt, denn Dumping und Ausbeutung von Filmschaffenden dürfe nicht auch noch staatlich gefördert werden. Wie in jeder Branche gibt es schwarze Schafe, die es bis auf die Spitze treiben und genauso gibt es viele Produzenten, die sich freiwillig an die Standards halten. Gerade aktuell sei das Drehen in Berlin und Brandenburg so beliebt, man könne es sich als Produzent gar nicht erlauben unter Tarif zu zahlen, so Daniel Saltzwedel vom Medienboard. Alleine im Studio Babelsberg habe sich das Produktionsvolumen verdoppelt und es herrsche akuter Fachkräftemangel mit Problemen gutes Filmpersonal zu bekommen.

Neben den wichtigen geschaffenen tarifrechtlichen Grundlagen, die die Arbeitsbedingungen ein wirklich großes Stück verbessern, solange sich Produzenten dranhalten, haben die Filmschaffenden jedoch noch eine andere große Baustelle. Und zwar ist es so, dass bedingt durch die Art und Weise wie Filme hergestellt werden, Filmschaffenden immer nur kurzfristig pro Produktion angestellt sind, also tage- oder wochenweise. Das ist eine völlig atypische Beschäftigungsform, die mit einem Normalarbeitsverhältnis kaum zu vergleichen ist. Zum deutschen Sozialversicherungssystem ist diese Arbeitsweise nahezu inkompatibel. Die Bedingungen für die Künstler-sozialkasse erfüllen die Schauspieler, Kameraleuten und Co. nicht, weil sie nicht selbstständig sind. Durch zwei neuere Urteile vom Bundessozialgericht hat sich die Situation aus Sicht des BFFS nochmal verschlechtert, denn, vereinfacht dargestellt, ist es nun so, dass die SchauspielerInnen weiterhin tage- oder wochenweise entlohnt werden, jedoch müssen sie ihre Sozialversicherungsbeiträge monatsweise zahlen. Es führt zu einem großen Abrechnungschaos und ganz praktisch zu viel weniger Netto vom Brutto, was den SchauspielerInnen von einem Dreh übrigbleibt. Was kann die Politik tun, damit der Erwerbstyp des Filmschaffenden in den Sicherungssystemen gerechter abgebildet wird?

Auf dem Weg zu fairen Arbeitsbedingungen ist offenbar noch einiges zu verbessern und die ein oder andere komplexe Frage wird vielleicht vorerst offenbleiben. Wir scheuen die Auseinandersetzung mit dem komplexen Thema jedoch nicht, denn der Film und die Menschen, die ihn machen, brauchen die Politik als Partner und Berlin braucht den Film als Wirtschaftsfaktor. Damit Berlin weiterhin als europäische Filmstadt und beliebter Drehort attraktiv bleibt, wollen wir die Probleme und offenen Fragen angehen und stehen den Filmschaffenden zur Seite.

Karin Halsch, MdA

Unsere Schulhausmeister – die wahren Hüter unserer Schulen und Sporthallen

Vor anderthalb Jahren war ich zum Frühstück mit einigen Schulhausmeisterinnen und –hausmeistern in Köpenick verabredet. Daraus entwickelte sich ein reger Austausch zu Themen aus diesem doch sehr wichtigen Bereich, der oft etwas aus dem Blickfeld gerät.

Die baulichen Zustände unserer Schulen, die Fachkräfte- und Nachwuchssituation der Lehrerinnen und Lehrer sowie der Erzieherinnen und Erzieher und auch natürlich der Schulsozialarbeiterinnen und –arbeiter ist fast alltäglich in der öffentlichen Wahrnehmung – sei es das von Sanierungsstau oder Quereinsteigern beim pädagogischen Personal an den Schulen die Rede ist.

Hingegen stehen die Schulhausmeisterinnen und –hausmeister – und ja es gibt auch in diesem Beruf sehr engagierte Frauen- leider nicht so im Fokus der breiten Öffentlichkeit steht, obwohl sie es sind die sich tagtäglich um unsere Schulgebäude und Sporthallen sowie oftmals weit darüber hinaus, um die Schulgelände und vieles mehr an unseren Schulen kümmern.

Ich habe mich seit dem letzten Jahr intensiv diesem Thema angenommen und nach ersten Gesprächen mit Schulhausmeistern eine Schriftliche Anfrage (*Drs. 18 / 18 523*) zu diesem Themenkomplex gestellt.

Die Beantwortung führte zu größerem Interesse und so organisierte ich im Dezember 2019 ein Treffen mit Schulhausmeisterinnen und Schulhausmeistern aus mehreren Berliner Bezirken sowie Gewerkschaftsvertreterinnen in meinem neuen Bürgerbüro, in der Grünstr. 4 in 12555 Berlin, um die aktuelle Arbeitssituation unsere Schulhausmeisterinnen und –hausmeister an unseren Schulen näher zu beleuchten.

Im Ergebnis stellte ich in der Vorweihnachtszeit eine weitere Schriftliche Anfrage (*18 / 21 930*) zu diesem Themenkomplex, deren Beantwortung jetzt vorliegt – aber noch nicht zufriedenstellend kann. Deshalb werde ich hier weiter am Ball bleiben, um die Arbeitssituation für unsere Schulhausmeisterinnen und –hausmeister nachhaltig zu verbessern.

Sie sind im Gegensatz zu den Lehrerinnen und Lehrern bei den Berliner Bezirksämtern, den jeweiligen Schul- und Sportämtern angestellt. Hier müssen also die Grundlagen geschaffen

werden um den Beruf der Schulhausmeisterinnen und -hausmeister zukunftsfähig zu machen.

Es geht mir dabei ganz konkret um die persönliche Schutzausrüstung (PSA) und in diesem Zusammenhang um die aktuellen Gefährdungsbeurteilungen, es geht um ausführliche Aufgabenbeschreibungen (BAK), um Bereitschaftszeiten, um die Einrichtung der Arbeitsplätze – zum Beispiel mit Ausstattung eines PC, sowie um Budgetfragen für kleine Anschaffungen, unter anderem für Werkzeuge und Verbrauchsmaterial für Klein- und Kleinstreparaturen – und natürlich um eine faire und angemessene Bezahlung (TV-L).

Den Lehrerinnen und Lehrern sowie den Erzieherinnen und Erziehern wird oft für ihre aufopferungsvolle Arbeit für unsere Kinder gedankt. Das ist sicherlich auch richtig und wichtig. Jedoch werden dabei oftmals die „wahren Hüter unserer Schulen und Sporthallen“ vergessen – unsere Schulhausmeisterinnen und -hausmeister.

Robert Schaddach, MdA

Auf einem guten Weg in die Zukunft: Unsere Musikschulen in Berlin

Musik ist die eindringlichste Form, Gefühle auszudrücken. Musik bereichert unser Leben. Sie stimmt uns heiter und fröhlich, sie unterhält uns, sie vertreibt Lageweile, und sie spendet uns Trost, wo uns nichts anderes mehr Zuspruch zu geben vermag.

Für viele Menschen ist Musik auch eine Berufung und eine Lebensaufgabe. Diesen Menschen reicht es nicht aus, Musik bloß zu konsumieren, sondern sie wollen die Prinzipien verstehen, nach denen Musik funktioniert, und sie wollen von der Pike auf lernen, eine gute Musikerin oder ein guter Musiker zu sein. Sie möchten singen, sie möchten Noten lesen können, sie möchten ein Musikinstrument beherrschen und sie möchten selbst schöpferisch tätig sein und ihre Gefühle mit musikalischen Mitteln ausdrücken. Sie möchten anderen Menschen damit eine Freude bereiten.

Uns als Abgeordneten der SPD-Fraktion ist es wichtig, dass Berlin eine lebendige Kulturmetropole ist. Dazu gehört es auch, dass wir die nötigen Mittel bereitstellen, damit Menschen aus allen Altersgruppen und sozialen Schichten Zugang zu musikalischem Genuss und zu musikalischer Bildung haben.

Die Musikschulen spielen dabei eine zentrale Rolle, denn sie sorgen dafür, dass in der Breite unserer Gesellschaft das Wissen um die Musik weitergegeben wird und erhalten bleibt. Musikschulen sind der zentrale Motor für die Nachwuchsförderung im musikalischen Bereich. Für guten Musikschulunterricht braucht es hervorragend ausgebildete Fachkräfte, die dringend einer besseren Bezahlung bedürfen.

Für den Doppelhaushalt 2020/2021 war es uns wichtig, einen Schwerpunkt zu Gunsten der bezirklichen Musikschulen zu setzen. Wir haben dafür gesorgt, dass ab August 2020 die Honorare der Musikschullehrkräfte in zwei Stufen steigen. Dafür stehen 2020 2,2 Mio. EUR zur Verfügung, 2021 6,5 Mio. EUR.

Außerdem haben wir dafür gesorgt, dass wir mehr Honorarkräften eine Festanstellung anbieten können. Denn Festanstellungen sind das wirksamste Mittel, um prekäre Beschäftigung abzubauen. Für zusätzliche Festanstellungen haben wir im Haushalt 4 Mio. EUR zu Verfügung gestellt (jeweils 2 Mio. EUR pro Haushaltsjahr).

Insgesamt haben wir damit ein zusätzliches 12,7-Mio.-EUR-Paket für die Musikschulen geschnürt, das vom Landesmusikrat Berlin bereits als großer Erfolg gelobt wurde.

Mit diesem Musikschul-Paket haben wir dafür gesorgt, dass die Honorare für die Lehrkräfte steigen können, ohne dass Eltern bzw. Musikschüler/innen höhere Unterrichtsgebühren bezahlen müssen. Wir bringen außerdem mehr Lehrkräfte in Festanstellung. Wir haben sichergestellt, dass die Bezirke die Anzahl der Unterrichtsstunden, die von den Musikschulen angeboten werden, nicht kürzen werden. Das haben wir mit einem Begleitbeschluss zum Doppelhaushalt (der Auflage Nr. 110) festgeschrieben. – Berlin ist mit seinen Musikschulen auf einem guten Weg in die Zukunft!

Torsten Hofer, MDA

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern Rückführung der Berlin Transport

Die BVG sollte rentabel werden. Das war die Vorgabe. Wie kann man in einem Unternehmen am besten die Kosten senken, ohne den offenen Konflikt mit den eigenen Angestellten zu suchen? Ganz einfach, man gründet ein Tochterunternehmen, macht den Wechsel für einige schmackhaft und alle neuen Angestellten kommen in dieses Tochterunternehmen, welches natürlich nicht dieselben Löhne zahlt, wie das Mutterunternehmen. Auch für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten war diese Unternehmenspolitik ein guter Weg, um den Haushalt zu sanieren und Kosten zu senken. Dass dies wenig mit unseren Grundwerten und Überzeugungen zu tun hat, wurde im Rahmen des Sparzwangs vernachlässigt. Eine durchaus nachvollziehbare Einstellung, besser wird diese dadurch aber nicht.

Im Falle der BVG wurde die Berlin Transport - kurz BT - gegründet. Doch schnell wurde klar, dass diese Unternehmen nicht dauerhaft niedrige Löhne zahlen kann. So sind heute die Unterschiede zwischen der BVG und der BT auf dem ersten Blick auch nicht mehr zu sehen. Derselbe Tarifvertrag gilt für beide Angestelltengruppen. Unterschiede gibt es bei den Eingruppierungen, den Betriebsvereinbarungen, bei den Pausenzeiten und auch besonders bei der Flexibilität der Angestellten. Diese sind so gravierend, dass sich die Angestellten der BT gern als Mitarbeiter 2. Klasse bezeichnen. Die Rückführung der Angestellten der BT ist spätestens seit der einheitlichen Vergütungsgrundlage ein dauerhaftes Thema.

Tino Schopf, Bettina König, Raed Saleh und ich führen seit nun gut einem Jahr Gespräche um den Schritt der Rückführung im politischen Raum vorzubereiten. Als unsere Forderung Anfang des Jahres bekannt wurde, bezeichnete Senatorin Pop (Grüne) diese als einen "Wahlkampf-Gag". Sie könnte nicht mehr danebenliegen. Uns geht es nicht um das Einsammeln von Stimmen für die SPD. Es geht darum, einfach wieder als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu handeln. Outsourcing zum Zwecke der Kostenreduzierung wurde lange genug von der SPD gefordert, gefördert und toleriert. Wenn wir unsere eigenen Werte ernst nehmen, müssen wir auch in ihrem Sinne handeln, gerade wenn sie in unserem unmittelbaren Einflussbereich geschliffen werden. Ich bezeichne die BT gern als hausinternes Leasingunternehmen der BVG. Die Flexibilität, die Bereitschaft zu Überstunden, das reine Schielen auf Lenkzeiten und das Vernachlässigen zu Pausenzeiten sind alles Dinge, die ich von einem Unternehmen verlangen kann, dass ich nur beauftrage.

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus beschäftigt sich demnächst mit der Situation bei der BT und wird sich mit einem entsprechenden Antrag klar positionieren. Wir wollen, dass in einem Bus, einer Straßenbahn oder einer U-Bahn der BVG stets auch Angestellte der BVG sitzen. Die Zeit ist reif ein weiteres Tochterunternehmen aufzulösen und die Angestellten zum Mutterunternehmen zu überführen.

Lars Düsterhöft, MdA

Silvester bei der 35. Einsatzhundertschaft in Berlin

Vom 31.12.2019 auf den 01.01.2020 hospitierte ich in der Zeit von 16:30 Uhr bis 03:15 Uhr bei der 35. Einsatzhundertschaft der Polizei Berlin. Der Einsatzraum lag dieses Mal in Schöneberg – in der Böllerverbotszone rund um die Pallasstraße und dem Steinmetzkiez. Ich hatte es mir schon immer mal vorgenommen eine Hospitation zum Jahreswechsel zu machen, um selbst einen Eindruck von der Arbeit an diesem besonderen Tag und in dieser Nacht zu bekommen. Das hat insbesondere auch mit der Wertschätzung dessen zu tun, dass andere Menschen für unsere Sicherheit sorgen, wenn andere feiern und fröhlich sind. Viele kennen die dankbaren Worte aus der Politik rund um die Feiertage und zu Silvester. Darum bat ich um die Möglichkeit und dabei sein zu dürfen.

Für mich war die Böllerverbotszone deshalb interessant, weil ich diese durchaus skeptisch betrachtet habe. In den Jahren zuvor haben sich jedoch vor Ort Zustände entwickelt, die untragbar waren. Die Videos vom letzten Jahreswechsel sind bekannt und deshalb musste auch konkret an diesem Ort etwas passieren. Feuerwerk wurde auf die Passanten, die BVG sowie auf Einsatz- und Rettungskräfte gerichtet – das hatte nichts mehr mit einem stimmungsvollen Jahreswechsel zu tun. Dass Jugendgruppen und Heranwachsende aus dem Kiez und darüber hinaus, die Sicherheit in dieser Nacht zusätzlich gefährdet haben, steht außer Frage. Wer derart mit Brandsätzen agiert, sucht vielmehr die Auseinandersetzung mit dem Staat, als dass derjenige den Jahreswechsel begeht. Was kann die Lösung für dieses Problem sein? Verbotszonen, welche sehr personalintensiv sind? Ein grundsätzliches Böllerverbot in der Hauptstadt? Viele klug gemeinte Ratschläge gab es in den letzten Wochen und Monaten. Was aber kann dem Anspruch gerecht werden, für Sicherheit und Ordnung zu sorgen?

In der Vergangenheit waren wiederholt Jugendgruppen unterwegs, welche gezielt und skrupellos mit Feuerwerkskörpern auf Menschen gezielt haben. Auch kam es zu Angriffen auf Einsatz- und Rettungskräfte. Schockierende Höhepunkte waren hierbei der Einsatz von sogenannten Kugelbomben und PTB-Waffen.

Letztendlich wurde der öffentliche Druck etwas zu tun oder zu probieren immer größer. Das Versuchsfeld der Böllerverbotszone wurde an- bzw. eingerichtet. Heute wissen wir: Das Konzept ging rund um die Pallasstraße zu 100 Prozent auf. Mit Masse kann die Polizei erfolgreich sein. Gleiches gilt wohl auch

für den Alexanderplatz. Der Personalansatz lag insgesamt für beide Orte bei ca. 500 Beamten.

BVG-Busse und Taxen sowie Anwohner hatten freie und sichere Fahrt in den Kiez. Bestimmte Personengruppen konnten gezielt kontrolliert werden, im Kiez lief die 35. Einsatzhundertschaft Streife und die Alarmhundertschaft der Direktion 4 und der Abschnitt 41 besetzten die Kontrollpunkte. Den Raumschutz übernahm die 14. Einsatzhundertschaft.



Immer wieder versuchte eine Gruppe von etwa 25-30 Jugendlichen Sprüche zu klopfen und die Polizeibeamten leicht zu provozieren. Letztendlich hat die Polizei-Präsenz jedoch dazu geführt, dass ihnen die „Spielwiese“ im Kiez genommen wurde. Die Anwohnerschaft hat sich mehrheitlich bei den Einsatzkräften vor Ort bedankt. Es kamen Familien auf die Beamten zu und bedankten sich persönlich. Hinter der Absperrung konnte das Feuerwerk starten. Ich lief ein paar Mal mit der 35. EHu durch den Kiez und schaute es mir unmittelbar an und konnte dabei auch viele Gespräche führen. Dabei waren auch wir an Hauseingängen und Hinterhöfen präsent.

Eines war jedoch schon vor 0 Uhr klar: Im politischen Raum wird auf der einen Seite gesagt werden, die Böllerverbotzonen würden keinen Sinn machen und auf der anderen Seite

werden Forderungen laut werden, diese unbedingt auszudehnen und ein grundsätzliches Böller-Verbot für Berlin zu erwirken.

Jedes Jahr um die gleiche Zeit werden dann Umfragen gestartet und festgestellt, dass bundesweit eine Mehrheit für ein Böllerverbot ist. Eines muss jedoch auch festgehalten werden: Eine deutliche Mehrheit der Menschen in Berlin feiert den Jahreswechsel friedlich. Es ist eine kleine Minderheit die in dieser besonderen Nacht für Ärger sorgt.

Nun gilt es die polizeiliche Arbeit in den Böllerverbotzonen auszuwerten und die richtigen Schlüsse zu ziehen. Dabei muss beachtet werden, dass es sich dabei um sehr personalintensive Einsätze handelt. Darum wird es auch ein Abwägungsprozess sein müssen - gerade im Bezug auf andere stadtweite Lagen. Trotzdem gab es auch in diesem Jahr gezielte Angriffe auf unsere Einsatz- und Rettungskräfte. Dieses verurteile ich scharf. Einigen dieser Täter ist nicht wirklich klar, was sie damit anrichten können, wenn sie gezielt auf Menschen, Häuser und Autos schießen. Es ist eine besondere Mischung von Personen in diesen Gruppen, die sich teilweise heterogen zusammensetzen, sich zufällig treffen oder sich konkret verabreden und sich in dieser Nacht den Rechtsstaat zur Brust nehmen wollen. Doch bereits die Leichtsinnigkeit und Fahrlässigkeit von einigen wenigen Menschen kann dazu führen, dass ein Balkon oder eine Wohnung brennt oder Menschen tatsächlich schwer verletzt werden.

Ich bin dankbar für die intensiven Einblicke in dieser Silvester-Schicht und freue mich auf ein spannendes und entscheidendes Jahr. Mein Dank gilt allen Menschen, welche an so einem besonderen Tag für unsere Stadt gearbeitet haben und im Einsatz waren. Ich wollte nicht nur darüber reden, sondern es einmal miterleben. Das wurde möglich gemacht und auch dafür sage ich: Danke. Ein frohes und gesundes neues Jahr 2020.

Tom Schreiber, MdA



Die SPD Berliner Mitte
wünscht
ein gesundes und
erfolgreiches Jahr 2020.



Berliner Mitte

Visionen für den Wandel
Erkennen, gestalten, gewinnen - Politik für Berlin.